

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1949**

31 (2.12.1949)

Verlag: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertrieb G.m.b.H., Mannheim...

Tagesausgabe

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50...

- Wenn die Millionärsregierung baut...
Englands Kapitalisten zwischen Abwehr und Ausverkauf
Eine Sorte Schmarotzer: Besatzungsgewinnler
Mordprozesse gegen US-Soldaten

Warum lenkt man ein?

Rücknahme des Ausschlusses von Dr. Schumacher — Der tiefe Konflikt zwischen Volk und Separatregierung als persönlicher Ehrenhandel bagatellisiert — Die Angst Dr. Adenauers vor den Protest- und Warnstreiks

In der heutigen Bundestagssitzung wird der Ausschluß Dr. Schumachers auf 20 Sitzungstage mit einer Erklärung der die SPD- und CDU-Vertreter im Aeltestenrat des Bundestages zugestimmt haben, zurückgenommen werden.

Dr. Schumacher eine dem Letzten im Volk begreifliche Illustration erfahren und zu einer für die Bonner Bundesregierung erschreckenden Gegenwehr geführt hatte.

Man täusche sich nicht, die Proteste in tausenden Versammlungen der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter, wie die überall in den Betrieben durchgeführten Warnstreiks, galten nicht dem „Ehrenhandel“ Dr. Adenauers und Dr. Schumachers, sondern den Maßnahmen einer im tiefsten Wesen volksfeindlichen Politik, die die Versklavung des deutschen Volkes und die fortwährende Existenzverschlechterung aller Schaffenden bedeutet.



„Warten Sie auch auf den Lastenausgleich?“ „Nein, dann schon eher auf einen Totogewinn“

Aus dem Osten Hilfe - von Bonn nur Worte

Lieferauftrag der Deutschen Demokratischen Republik an Watenstedt-Salzgitter — Beschönigungsworte für eigene Schuld und leere Versprechungen von Dr. Heuß

Berlin. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat mit den ehemaligen Reichswerken in Watenstedt-Salzgitter einen Lieferauftrag über Roh- und Stahleisen von 10 000 Tonnen im Werte von 1,4 Millionen Ostmark vergeben.

stet-Salzgitter zusammenwirken müssen, verkündet Bundespräsident Heuss, um hinzuzufügen, daß das Schicksal der Reichswerke eine der schmerzlichsten Enttäuschungen ist.

Unter der Bevölkerung des ganzen Landes bestand die Empfindung, daß die den Konflikt verursachende Formel Dr. Schumacher über Dr. Adenauer als dem „Kanzler der Alliierten“ den Nagel auf den Kopf getroffen hat.

Wir wollen nicht abtastieren, bei wem das größere Entgegenkommen in der äußerlichen Bereinigung des Konfliktes zwischen Dr. Schumacher und Dr. Adenauer lag.

Die Bonner Regierung unterschrieb mit dem Petersberg-Abkommen die Demontage der entscheidenden Betriebe der Reichswerke Watenstedt-Salzgitter. Unsere Brüder in der Ostzone bringen Aufträge, damit die Bevölkerung Watenstedt-Salzgitters weiß, von was sie in den nächsten Wochen leben soll, und damit sie Hoffnung schöpfen kann, daß es ein Deutschland gibt, das sie nicht wie Dr. Adenauer abgeschlossen hat.

über das Schicksal des Industriegebietes von Watenstedt-Salzgitter. „Salzgitter wird ein Opfer, damit andere leben können. Die aber leben können — das heißt ganz Deutschland — tragen damit die Verpflichtung, denen, die unmittelbar getroffen werden, den Arbeitersatz zu schaffen“.

In Watenstedt-Salzgitter wird man sehr bald erfahren, was versprochene Hilfe aus Bonn und Hannover bedeutet. Was Berlin, die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bedeutet, braucht man nicht mehr argwöhnisch abzuwarten, sondern das ist bereits mit dem Lieferabschluß bewiesen.

Professor Dr. Heuss, der Bundespräsident, machte bei seinem Staatsbesuch in Hannover zu nichts verpflichtende Äußerungen

Protest gegen Bonner Diktatur

Kiel. (E.B.) Ausgehend von den Großbetrieben des Ruhrgebietes setzt sich die Protestwelle der westdeutschen Werktätigen gegen die Verschärfung des Ruhrgebietes durch Dr. Adenauer auch in Schleswig-Holstein fort.

Conti-Arbeiter gegen Adenauerkurs

Arbeitsruhe und Protestversammlungen zur Mobilisierung gegen die Bonner Reaktion

Hannover. (E.B.) Die Belegschaft der Continental-Werke in Hannover hat während einer halbstündigen Arbeitsruhe in Abteilungsversammlungen gegen die Zustimmung der Regierung Adenauer zum Ruhrstatut protestiert, und sich gegen den Ausschluß Dr. Schumachers für zwanzig Sitzungstage aus dem Bundestag aufs ergischteste gewandt.

Anerkennung des Ruhrstatuts durch Dr. Adenauer und dessen sonstige eigenmächtige Handlungsweise protestiert und gleichzeitig Einspruch gegen den Ausschluß Dr. Schumachers von 20 Sitzungstagen des Parlaments erhoben wird.

Wir werden unseren Arbeitsplatz nicht abbauen
Ludwigshafen. (dpa.) Etwa 10 000 Betriebsangehörige der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik Ludwigshafen protestierten in einer am Mittwoch einberufenen Betriebsversammlung gegen den Abbau der Ammoniak-Synthese im Werk Oppau-Ludwigshafen.

Vorbild der Zusammenarbeit

Essen. (E.B.) In Essen-Werden fand eine Mitgliederversammlung der SPD statt, zu der auch Mitglieder der KPD und Parteilose eingeladen waren.

Ein Totgesagter kehrte heim

Lippstadt. Mit einem Heimkehrertransport aus der Sowjetunion traf der ehemalige Unteroffizier Künstele aus Lippstadt ein.

Erdstoß auf Sizilien

Catania. In der sizilianischen Stadt Catania wurde in der Nacht zum Mittwoch ein Erdstoß verspürt.

Tschiangs Flucht ohne Silberdollar

Tschungking. Ein nationalchinesischer Beamter, der Tschungking mit dem letzten Flugzeug verließ, berichtete, daß hunderte von Kisten mit Silberdollars auf dem Flugplatz stehen geblieben sind.

Im Streiflicht gesehen

Hochwasser in Norditalien

Rom. Neue Überschwemmungen bedrohen Norditalien. Ganze Armeen von Arbeitskräften sind eingesetzt, um durch Verstärkung der Flußdeiche größeren Katastrophen rechtzeitig zu begegnen.

Flug nach dem neuen nationalchinesischen Regierungssitz Tschengtu bereitstehenden Maschinen hätten diese Kisten nicht mehr verladen können, weil der Flugplatz von kommunistischen Truppen unter Feuer genommen wurde.

Der erste Protestmarsch in Madrid
Madrid. (dpa) Ungefähr 1000 Bankangestellte zogen am Dienstag durch die Straßen Madrids zum Arbeitsministerium, wo sie durch Sprechchöre eine bessere Lebensmittelversorgung und soziale Sicherheit forderten.

Doppelmord im Landkreis München
Ansbach. (dpa) In Gottmannsberg, Landkreis München in Bayern, wurden die Bäuerin Steudel und die Flüchtlingsfrau Horn ermordet aufgefunden.

Britischer Dampfer rettet spanische Schiffbrüchige

Gibraltar. (dpa) Der britische Dampfer „Warwickshire“ setzte am Mittwoch in Gibraltar vierzehn Schiffbrüchige des spanischen Dampfers „Alejandro Tercero“ an Land, der am Dienstagvormittag im Atlantik etwa 30 Kilometer vor Cadix bei stürmischem Wetter gesunken war.

Englands Kapitalisten zwischen Abwehr und Ausverkauf

Das Kampfprogramm der KP Großbritanniens

Anläßlich des Parteitages der KP Großbritanniens sprach der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Englands, Harry Pollitt, am 28. November 1949 in Liverpool über die Krise des britischen Imperialismus...

tische Gemeinschaft" verschärft sich bereits der verzweifelte Kampf zwischen den wett-eifernden imperialistischen Mächten, und von besonderer Bedeutung ist die ameri-kanische Durchdringung des britischen Welt-reiches.

standard des englischen Volkes dar, der jemals in seiner Ge-schichte zu verzeichnen war. Die gemeinsame Feindseligkeit der Ver-einigten Staaten und Englands gegen die Sowjetunion, das neue China und die neuen Demokratien hat indessen jetzt zu einer Lage geführt, in der England mehr und mehr als der Juniorpartner der Vereinigten Sta-ten handelt...

Die Bedeutung des kommenden Wahl-kampfes

Das Wahlprogramm der Kommunistischen Partei Großbritanniens ist ein aktives Pro-gramm vor, während und nach den Wahlen. Es war die Kommunistische Partei Groß-britanniens, die den wirklichen Kamp, gegen die Konservativen geführt hat.

Die UNO ein Versager wie der Völkerbund

Wyschinskis Abrechnung mit den Kriegstreibern in der UNO — Der Friede wird siegen!

New York. Der sowjetische Außenminister Andre Wyschinski erklärte in der letzten Sitzung der UNO-Vollversammlung, die UNO mache es nicht anders als der Völkerbund. Die Sowjetunion habe hier Versuche un-ternommen, den Frieden zu schaffen.

erkennen wolle, und daß sie einen Krieg vor-bereite. Die herrschenden Kreise in den USA, so erklärte der sowjetische Außen-minister, haben die von der Sowjetregierung angestrebte Zusammenarbeit vereitelt, weil sie die Welterschaft an sich reißen wollen und davon träumen, alle anderen Staaten der Welt zu Kolonien der USA zu machen.

Werktätige auf die Universitäten

Rostock. An der Universität Rostock ar-beiten 13 Studiengruppen der Arbeiter- und Bauernfakultät und 18 Studiengruppen in den übrigen Fakultäten. Die Anzahl dieser Gruppen steigt ständig und wird den Anteil der werktätigen Bevölkerung an der Hoch-schule und Universitäten erhöhen.

Wer ist Stalin? Tatsachenbericht aus dem Leben eines großen Revolutionärs

Ein äusserst wichtiges Dokument

Am 22. April 1912 wurde Stalin in Peters-burg auf der Straße verhaftet und nach eini-gen Monaten Gefängnis auf drei Jahre, die-mal in eine noch entlegenerer Gegend, in die Narym-Region, verschickt. Aber bereits am 1. September 1912 flüchtet Stalin abermals aus der Verbannung und kehrt nach Petersburg zurück.

wichtig" in einem Brief an die Redaktion der "Prawda" gab Lenin die Anweisung: Dies-zen Wähleraufruf an den Petersburger Depu-tierten unbedingt an auffallender Stelle in großer Schrift bringen.



J. M. SWERDLow (1885-1919)

Seine große Liebe zum russischen Volk brachte Jakob Swerdlow bereits in früherer Jugend in die Reihen der Kämpfer gegen den Zarenismus.

Das nationale Programm der Sozialdemokratie Nach den Wahlen ist Stalin mit der Lei-tung der bolschewistischen Gruppe der Du-mafraktion beschäftigt. Stalin reist zweimal nach Krakau zu Lenin: im November und Ende Dezember 1912 zur Beratung des Zen-tralkomitees mit Parteiarbeitern.

Am 23. Februar 1913 wurde Stalin bei einem Konzert verhaftet, das vom Petersburger Komitee der Bolschewiki im Saal der Kalasch-nikow-Börse veranstaltet wurde.

Wenn die Millionärsregierung baut...

Arbeitslosengelder für den Wohnungsbau - Benachteiligung der Gemeinden

Der Bundesminister für den Wohnungs-bau, Wildermuth, veröffentlicht das Woh-nungsbauprogramm der Millionärsregie-rung, wonach für 1950 und in den folgen-den Jahren 250.000 Wohnungen mit Zu-schüssen aus öffentlichen Mitteln gebaut werden sollen.

Die KPD-Fraktion im Bundestag hat be-reits in einem Antrag von der Separat-re-gierung Rechenschaft gefordert über die zweckentfremdete Verwendung der Gelder aus der Arbeitslosenversicherung.

Diese reaktionären Pläne werden er-gänzt durch die vor kurzem in der Öffent-lichkeit angeführten Ministeräußerungen von der notwendigen Angleichung der Altbau-mieten an die Neubaukosten.

... wie Schuppen von den Augen

Über die Sprache Stalins — Von Walter Victor

Der Monat der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft ist vordringlich Josef Stalin gewid-met, dessen 70. Geburtstag am 21. Dezember schon lange im Mittelpunkt des Interesses aller friedliebenden, arbeitenden Menschen steht.

Ich bekenne, daß es mir oft wie Schuppen von den Augen fiel, als ich dazu kam, Lenin und Stalin richtig zu studieren. Es war wohl 1938 oder 1939, als mir der „Kurze Lehrgang“ zum ersten Male in die Hände kam.

Für die Wohnungen der mit Hilfe der öffentlichen Mittel gebauten Häuser ist eine Miete von 0,90 DM bis 1,— DM pro Qua-dratmeter vorgesehen. Das sind durch-schnittlich immer noch 50 bis 60 DM im Monat für die kleine Wohnung.

Monopole sind in Italien Trumpf

Das amerikanische Kapital dringt ein

Im allgemeinen herrscht die Meinung vor, daß Italien ein Land ist, in dem das „freie Unternehmertum“ noch weitgehend erhalten geblieben ist. Daß diese Auffassung irrüm-lich und der Monopolisierungsprozeß auch in Italien schon sehr weit fortgeschritten ist, zeigt der „New Statesman and Nation“ in einem Artikel auf.

Der interessanteste und jüngste Monopoli-st, der — insbesondere seit seiner Verbin-dung mit der amerikanischen Finanzwelt — in Italien in Erscheinung tritt, ist der Vatik an, der sich nicht mehr mit dem Besi-tz von riesigen Ländereien und Schlössern begnügt.

Für Parteien Lizenzzwang aufgehoben

Frankfurt. (dpa) Die bisher im amerika-nischen Besatzungsgebiet geltenden Bestim-mungen über die Lizenzierung deutscher poli-tischer Parteien sind vom amerikanischen Hohen Kommissariat mit Wirkung vom 28. November aufgehoben worden.

Ungenügende Antwort Dr. Dehlers

Bonn. (E.B.) Bundesjustizminister Dr. Dehler äußerte sich vor Pressevertretern in Bonn über das von der Regierung von Rhein-land-Pfalz ausgesprochene Verbot des Deutschen Kongresses des „Nauheimer Kreises“.







